



INTERNATIONALE
FÖDERATION VON
CHEMIE-, ENERGIE-,
BERGBAU- UND
FABRIKARBEITER-
GEWERKSCHAFTEN

Leiharbeit – das trojanische Pferd vor unserer Tür

Seite 8-10

Inhalt

4 Sieg bei Bridgestone in Argentinien

Streiks bringen Unternehmen zum Einlenken



13 Streiks gegen Benzinpreisexplosion in Nigeria

Gewerkschaften wehren sich gegen die Inflationspolitik der Regierung

14 UN Global Compact

Integritätsmaßnahmen für mehr Glaubwürdigkeit?

15 ICEM/ITF-Offshore-Projekt geht weiter

Kanadische Konferenz befasst sich mit der Hibernia-Förderinsel



Internationale Föderation von Chemie-, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften



Website: www.icem.org

E-mail: info@icem.org

Avenue Emile de Beco 109
B-1050 Brüssel
BELGIEN
Fon +32.2. 6262020
Fax +32.2. 6484316

Herausgeber: Fred Higgs, *Generalsekretär*
Redakteur: Dick Blin, *Referent für Presse und Publikationen*
Layout: Thierry Lenoir, *Assistent für Publikationen und Design*

Global/info ist die offizielle Publikation der ICEM, eines globalen Gewerkschaftsverbandes, der 20 Millionen ArbeitnehmerInnen in mehr als 400 Industriegewerkschaften in 120 Ländern vertritt. Global/Info wird auf Englisch, Französisch, Deutsch, Japanisch, Russisch, Spanisch und Schwedisch herausgegeben. Der Nachdruck von Artikeln ist erwünscht. Fotos und Grafiken mit Copyrightangabe dürfen nicht ohne Zustimmung des Copyrightinhabers verwendet werden.

ICEM unterzeichnet zwei neue globale Vereinbarungen

Die ICEM schmiedet weiterhin globale Rahmenvereinbarungen mit multinationalen Unternehmen und konnte unter Mitwirkung von Mitgliedsgewerkschaften in Schweden und Russland in den vergangenen Monaten zwei dieser Verträge unterzeichnen. Im April hat die globale Gewerkschaftsföderation unter Beteiligung der schwedischen Gewerkschaft der Papierarbeiter eine Vereinbarung mit der Svenska Cellulosa Aktiebol AB (SCA) geschlossen, einem Papier- und Zellstoffhersteller mit einer expandierenden Zahl von Unternehmen im Ausland. Dabei handelt es sich nach Unterzeichnung der Vereinbarung mit der norwegischen Firma Norske Skog im Juni 2002 um das zweite globale Abkommen der ICEM mit einem Unternehmen der Holzwirtschaft.

Im Mai 2004 unterzeichneten die ICEM und OAO Lukoil eine wegweisende Vereinbarung, die als erstes Vertragswerk dieser Art mit einem russischen Unternehmen nicht nur Vorbildfunktion hat, sondern in vielen inhaltlichen Aspekten das bisher beste und fortschrittlichste Abkommen ist. Diese Vereinbarung mit Lukoil wurde durch die ausgezeichneten Beziehungen des Unternehmens zu unserer Mitgliedsgewerkschaft ROGWU (Russische Gewerkschaft der Öl-, Gas- und Bauarbeiter) unterstützt.

Globale Vereinbarungen setzen in allen Betrieben eines Unternehmens die höchsten Normen im Bereich Gewerkschaftsrechte, Menschenrechte, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz, Umweltschutz und Arbeitsqualität. Die ICEM hat bisher neun globale Vereinbarungen unterzeichnet, über weitere wird zurzeit verhandelt.

SCA

Zeitgleich mit der Bekanntgabe der globalen Vereinbarung mit der ICEM berichtete SCA auch über die Annahme eines Verhaltenskodex, wobei die globale Vereinbarung und dieser Kodex – wohlgemerkt – zwei unterschiedliche Dokumente sind. In der Präambel der globalen Vereinbarung heißt es, dass das Unternehmen „die Zusammenarbeit und die gesellschaftliche Verantwortung“ in allen globalen Unternehmensteilen fördern wird.

SCA verpflichtet sich zur Einhaltung der grundlegenden IAO-Arbeitsnormen und Arbeitnehmerrechte. Diese Normen sollen „zielführend für die Aktivitäten von SCA und für die Beziehungen zu den Beschäftigten des Unternehmens sein.“ SCA wird sich dafür einsetzen, dass Subunternehmer und Lizenznehmer diese Vereinbarung ebenfalls einhalten.

Weitere Eckpunkte der Vereinbarung:

- SCA befolgt als Basisforderung alle gesetzlichen Vorschriften und Bestimmungen;
- SCA verbessert kontinuierlich alle Arbeitsschutznormen und verhält sich umweltbewusst;
- Das Unternehmen verfolgt eine diskriminierungsfreie Politik und bietet allen Beschäftigten Chancengleichheit ungeachtet von Geschlecht, Rasse, ethnischer Zugehörigkeit, sexueller Ausrichtung, Religion, politischer Überzeugung oder Behinderungen;
- SCA verpflichtet sich zur Zahlung fairer Löhne und Sozialleistungen entsprechend den marktüblichen Standards;
- SCA lässt sich in seinem unternehmerischen Handeln von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN leiten;
- SCA sorgt dafür, dass die Beschäftigten Möglichkeiten zur Weiterbildung wahrnehmen können, um sich Karrierechancen zu eröffnen und

Siehe SCA Seite 11

OAO Lukoil

Das in Moskau ansässige Unternehmen Lukoil ist der dritte Öl- und Gaskonzern, der mit der ICEM eine globale Vereinbarung unterzeichnet hat. Dieses am 12. Mai geschlossene Abkommen ist in mancher Hinsicht exemplarisch. Weitere Vereinbarungen in diesem Bereich des Energiesektors gibt es zwischen der ICEM und der norwegischen Statoil und dem italienischen Konzern Eni.

Das Abkommen besiegelt die Verpflichtung auf die Kernarbeitsnormen der IAO sowie auf weitere wichtige Regelwerke für den Umweltschutz. In der Präambel heißt es, dass „Lukoil und ICEM gemeinsam für die fundamentalen Menschenrechte in den Betrieben und in den Gemeinden eintreten, die von den unternehmerischen Aktivitäten des Konzerns betroffen sind.“

Die Präambel definiert weiterhin „Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Wohlergehen aller Betriebsangehörigen“ als Priorität und stellt besonders die Bedeutung der Vereinbarung als vorbildlich heraus, da sie „die Verantwortung für die Auswirkungen der unternehmerischen Tätigkeit auf die Natur und den natürlichen Lebensraum des Menschen“ als gemeinsame Verantwortung der unterzeichneten Parteien ansieht.

In der Vereinbarung mit Lukoil heißt es weiterhin:



Unterzeichnung bei Lukoil, v.l.n.r. Fred Higgs, ICEM, Lukoil-Präsident Vagit Alekperow und ROGWU-Präsident Lew Mironow.

Siehe OAO Lukoil Seite 11

SUTNA-Streiks in Argentinien bringen Bridgestone wieder auf den richtigen Kurs

Nach einer einjährigen Auseinandersetzung zwischen unserer argentinischen Mitgliedsgewerkschaft SUTNA und Bridgestone/Firestone konnte der Konflikt im September erfolgreich beigelegt werden, nachdem das japanische Unternehmen der Wiedereinstellung illegal entlassener Belegschaftsmitglieder und dem Beginn neuer Verhandlungen über einen Kollektivvertrag zugestimmt hatte.

SUTNA konnte diese Auseinandersetzung durch direkte Aktionen für sich entscheiden. Dazu gehör-

schen Arbeitsgesetze, da die Unternehmensleitung nicht mit der Gewerkschaft verhandelt hatte. Nach einer Reihe von Anhörungen ordneten sowohl das für die Provinz Buenos Aires zuständige Arbeitsministerium als auch das nationale Arbeitsministerium im vergangenen Winter an, dass BS/FS die entlassenen Belegschaftsmitglieder mit Lohnnachzahlungen wieder einstellen muss.

Das Unternehmen ignorierte diese Anweisung. Erst nach zwei Streiks, denen in den Monaten zuvor zahlreiche Proteste und Protestmärsche vorausgegangen waren, und intensiver Vermittlungsinitiativen der Arbeitsministerien nach jedem Streik war BS/FS bereit, seine starre Haltung zu überdenken. Interventionen der ICEM und ihres Mitglieds United Steelworkers of America waren ebenfalls an diesem Sinneswandel beteiligt.

BS/FS erklärte sich bereit, 12 entlassene Belegschaftsmitglieder wieder einzustellen und sicherte ihnen die volle Nachzahlung ihrer Löhne sowie Sozialleistungen zu, die über den gesetzlich vorgeschriebenen Umfang hinausgehen. Arbeitnehmer, die nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren, erhalten eine Abfindung in Höhe von 20 Monatslöhnen sowie die Zusage, bei Bedarf als Leiharbeiter eingesetzt zu werden.

BS/FS verpflichtete sich außerdem formell zur Anerkennung der Unabhängigkeit von SUTNA im Werk Llavollal und zur Aufnahme eines unvoreingenommenen Dialogs über eine neue Kollektivvereinbarung – dies hatte das Management seit Auslaufen des vorherigen Vertrags im Jahre 2001 stets abgelehnt. Auch alle Sanktionen gegen SUTNA-Mitglieder, die an direkten Aktionen beteiligt waren, wurden aufgehoben.

Kommentar des SUTNA-Generalsekretärs Pedro Wasiejko „Wir sind dankbar für die globale Unterstützung der ICEM und ihrer Mitglieder, die uns bei diesem Konflikt geholfen haben.“



SUTNA-Mitglieder auf ihrem Marsch zur japanischen Botschaft

ten eine achttägige Blockade Ende Juni und Anfang Juli, die sich gegen Materiallieferungen von Zulieferern an das Reifenwerk Llavollal in Buenos Aires richtete, und ein weiterer Streik vor der Kapitulation des Unternehmens Mitte September. Der Konflikt begann im Oktober 2003, als BS/FS ohne vorherige Konsultationen einen Rationalisierungsplan in Form eines neuen Arbeitsschichtmodells einführte, das die Entlassung zahlreicher SUTNA-Mitglieder der 700 Mitarbeiter zählenden Belegschaft des Werks vorsah. Diese Änderung der Arbeitsregelungen war gleichbedeutend mit einer Umgehung der argentini-

Gewerkschaften und Industrie in Europa wollen den sozialen Dialog

Helsinki Die europäischen Chemie-Gewerkschaften hinter der EMCEF und der Europäische Chemie-Arbeitgeberverband haben bei der Europäischen Kommission den Antrag auf offizielle Einsetzung eines Ausschusses für den sektoralen sozialen Dialog in der Chemieindustrie gestellt.

Diese Mitteilung erfolgte auf der diesjährigen Europäischen Sozialpartnerkonferenz der chemischen Industrie am 10. September. Angekündigt wurde ebenfalls ein

gemeinsames Positionspapier zum Thema „Bildung, Qualifizierung und lebenslanges Lernen“, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen chemischen Industrie zu erhöhen.

Falls die Kommission diesem gemeinsamen Antrag zustimmt, ist die chemische Industrie in Europa der erste bedeutende Sektor mit einer sozialen Partnerschaft mit gemeinsamen Gewerkschafts- und Arbeitgeberbeiträgen zu grundsätzlichen programmatischen Fragen.

Erfolgreicher Streik in Kolumbien mit ICEM-Hilfe



Ein 37-tägiger Streik der Belegschaft des Staatsunternehmens Ecopetrol wurde im Mai von der Union Sindical Obrera de Industria Del Petroleo (USO) gewonnen – nicht zuletzt auch deshalb, weil die ICEM diesem Konflikt einen hohen Aufmerksamkeitswert beigemessen hat.

Die Regierung hatte den Streik am 22. April durch einen Unstrukturierungsplan provoziert. Die USO durchschaute den Plan sofort als einen Freibrief zur Plünderung der Bodenschätze des Landes, denn im Rahmen dieser Umstrukturierung wollte die Regierung von Präsident Alvaro Uribe die Konditionen von Leasingverträgen über Ölfelder und Produktionsvereinbarungen mit ausländischen Erdölfirmen ändern.

Die Umstrukturierung wurde allgemein als erster Schritt zur vollständigen Privatisierung von Ecopetrol angesehen.

Die Regierung Uribe reagierte mit aller Härte auf den Streik und erklärte ihn mit der Begründung für illegal, die Ölindustrie sei für das Land von strategischer Bedeutung. So wurde bewaffnetes Militär vor den Ecopetrol-Betrieben positioniert, und 250 Streikteilnehmer der insgesamt 5.500 Beschäftigte zählten

den Belegschaft wurden entlassen.

Die ICEM reagierte mit einer globalen Initiative und wies darauf hin, dass nach Auffassung der IAO in zahlreichen Fällen festgelegt wurde, dass Ölraffinerien keine „essenzielle Dienstleistung“ einer Nation seien. Die ICEM mobilisierte außerdem Hunderte von Energiegewerkschaften weltweit, um gegen Uribes Maßnahmen zu protestieren und um ihre eigenen Unternehmen nachdrücklich aufzufordern, während des Streiks kein Öl nach Kolumbien zu exportieren.

Der Streik wurde am 26. Mai siegreich beendet – die Regierung erklärte sich zur Aufhebung der neu geschriebenen Verträge bereit und stimmte der Forderung zu, die jetzt von ausländischen Unternehmen ausgebeuteten Ölfelder nach Vertragsablauf wieder unter die Kontrolle von Ecopetrol zu stellen.

Die USO konnte die Vorschläge der Regierung abwehren, die Altersvorsorge der Ölarbeiter zu kassieren und die Belegschaftsstärke zu reduzieren. Die entlassenen Arbeiter behalten ihre erworbenen Rentenansprüche und können ihren Arbeitsplatz im Rahmen von Schlichtungsverhandlungen zurückbekommen.

Nordamerikanische Gewerkschaften setzten sich für ICEM-Mitglied in Botswana ein

Eine mit aller Härte geführte Auseinandersetzung im Diamantsektor zwischen dem ICEM-Mitglied Botswana Mining Workers' Union (BMWU) und Debswana, dem wohlhabenden Joint Venture zwischen DeBeers und der Regierung von Botswana, hat Aufschlüsse über eine beliebte Strategie der Konzerne gegen die Gewerkschaften gegeben: Überziehe die Gewerkschaften mit Klagen und Prozessen und treibe sie aufgrund der damit verbundenen hohen Rechtskosten in den Ruin.

Die ICEM-Mitgliedsgewerkschaft United Mineworkers of America (UMWA) zeigte die entsprechende Reaktion auf diese Strategie. Mit 5.000 US-Dollar Startkapital wandte sich UMWA-Präsident Cecil Roberts Mitte September an die US-Gewerkschaften mit der Bitte, die Kriegskasse der BMWU für juristische Auseinandersetzungen wieder zu füllen. Zahlreiche Spenden sind bisher eingegangen.

BMWU-Generalsekretär Donald LeBotse erklärte, seine Gewerkschaft habe im Jahr 2004 rund BWP 800.000 (169.000 US-Dollar) an Anwalts- und Gerichtskosten bezahlt, und das war noch vor Einläuten der nächsten Prozessrunde von Debswana im August. „Das hat innerhalb unserer Organisation zu erheblichen finanziellen Engpässen geführt und könnte zur Folge haben, dass wir uns keinen Rechtsbeistand leisten können“, erklärte LeBotse.

Die Großzügigkeit der UMWA hat sich herumgesprochen. Gewerkschaftsnahe US-Anwälte vernahmen die Signale und riefen eigene Spendeninitiativen ins Leben. UMWA General Counsel Grant Crandall forderte Hunderte von Anwälten innerhalb des Dachverbands AFL-CIO zu Spenden auf, und viele sind diesem Ruf gefolgt. Auch die Anwaltskammer National Lawyers Guild hat sich finanziell engagiert und ruft ihre Mitglieder zu weiteren Spenden auf. Joan Hill von unserer US-amerikanischen Mitgliedsgewerkschaft PACE hat diese Initiative auf den Weg gebracht.

Während eines Lohnkonflikts Anfang August wurde die BMWU mit einem von Debswana beeinflussten Urteil des Arbeitsgerichts konfrontiert, das sämtliche Streiks verbot. Nachdem Hunderte von Beschäftigten nach wiederholter Bitte der Gewerkschaftsführung nach Verhandlungen trotzdem streikten, bestand die Reaktion des Unternehmens darin, Haftbefehle gegen die Gewerkschaftsführer ausstellen zu lassen. Mitte Oktober versuchte Debswana, Gewerkschaftsführer wegen Missachtung des Gerichts hinter Gitter zu bringen, gleichzeitig versucht sie weiter mit juristischen Mitteln, die BMWU in den Bankrott zu treiben.

Neues von den Mitgliedern

Arbeiter in den Platinminen im Streik gegen südafrikanische Großproduzenten

Rustenburg, Südafrika Zahlreiche Streiks in den Platinminen begannen hier am 30. September, als 17.000 Bergleute in zwei Bergwerken von Impala Platinum ihre Arbeit niederlegten, weil versprochene Lohnerhöhungen nicht gezahlt wurden. Die National Union of Mineworkers (NUM) befand sich zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für *Global-Info* Mitte Oktober mit zwei großen Unternehmen der Branche in Lohnauseinandersetzungen.

Am 1. Oktober bestreikten 12.000 Bergleute bei Anglo American Platinum sechs Minen wegen der ungelösten Lohnfrage, die ein zentraler Bestandteil einer vorgeschlagenen zweijährigen Vereinbarung ist. AngloPlat, der weltweit größte Platinhersteller, bezeichnete sein Niedriglohnangebot als endgültig, dagegen vertrat der stellvertretende NUM-Generalsekretär Archie Palane den Standpunkt, dass die Arbeitgeber „ein Paket vorlegen müssen, das unsere Mitglieder zufrieden stellt.“

Ein anderes Unternehmen, Northam Platinum, das Ende September sechs Arbeitnehmer bei einem Brand in einer Mine in der Provinz Limpopo verlor, konnte sich mit der NUM ohne einen Streik der Bergleute auf eine Lohnerhöhung von 8 % einigen.

Privatisierung der thailändischen Elektrizitätswirtschaft nach wie vor offen

Bangkok Die thailändischen Energie- und Wassergewerkschaften unter Führung des ICEM-Mitglieds EGAT-LU wehren sich weiterhin gegen die von der Regierung betriebene Privatisierung staatlicher Versorgungsunternehmen. Die Regierung setzt sich nach wie vor über die ablehnende öffentliche Meinung hinweg und berief den Architekten der Privatisierung der thailändischen Erdölindustrie in das EGAT-Board of Directors. Obwohl das EGAT-Management Lohngarantien für den Stromversorger empfohlen hatte, blockte die Regierung in dieser Frage ab.

EGAT-LU und andere Gewerkschaften protestieren vollständig in Schwarz gekleidet gegen diese Board-Ernennungen und setzen ihre Proteste auch vor der EGAT-Zentrale fort. EGAT-LU veranstaltet überall in Thailand Foren, auf denen die Argumente der Regierung widerlegt werden, und bereitet sich für Anfang des nächsten Jahres auf eine harte Auseinandersetzung mit der regierenden marktwirtschaftlich orientierten Partei von Premierminister Thaksin Shinawatra vor. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Regierung nach den Wahlen im März 2005 eine weitere Privatisierungsoffensive startet. EGAT-LU wird erneut um die Unterstützung der ICEM und ihrer Mitglieder in Form globaler Solidaritätsaktionen bitten, um den Ausverkauf von EGAT an die Marktwirtschaft zu verhindern.

Stromgewerkschaft in Serbien erhält Arbeitsplatzgarantien

Belgrad Die Mitglieder der serbischen Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter setzten sich erfolgreich gegen die fortschreitende Privatisierung in Serbien-Montenegro zur Wehr und gewannen einen achttägigen Streik in einem Spin-Off-Unternehmen der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft EPS. Mit dem Streik protestierten 1.250 Beschäftigte im Bergwerk Kostolac und in einem Kraftwerk in Kostolac gegen eine weitere Aufspaltung des Unternehmens in fünf Teile.

Im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Ministerium für Energie und Bergbau über die Beendigung des Streiks konnte die Gewerkschaft Beschäftigungsgarantien für alle Arbeitnehmer über einen Zeitraum von vier Jahren sichern und dazu ein beispielhaftes Abfindungspaket für jeden Beschäftigten durchsetzen, der im Anschluss daran seinen Arbeitsplatz verliert. Nach Aussagen des Gewerkschaftspräsidenten Milan Kovacevic ist ein weiterer wichtiger Pluspunkt der Vereinbarung die Klausel, dass EPS in drei Jahren beurteilen muss, ob die Aufteilung in fünf Unternehmen zu rechtfertigen ist – erst dann wird der Prozess endgültig abgeschlossen.

Schließung türkischer Goldmine – Bergleute protestieren

Bergama Die Mitglieder der Bergbausektion der türkischen Gewerkschaft Maden-İs rasierten sich die Köpfe kahl und protestierten damit gegen ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, das die Schließung der Ovacik Goldmine am 19. August wegen der Verwendung von Natriumcyanid besiegelte. Das türkische Ministerium für Umwelt und Forstwirtschaft hatte die Verwendung der Chemikalie zunächst im Jahre 1994 genehmigt und seither diese Erlaubnis immer wieder verlängert.

Maden-İs hält die angebliche Umweltgefährdung für übertrieben. 1999 hat der Premierminister das türkische Institut für wissenschaftliche und technische Forschung beauftragt, die

Umweltauswirkungen des Cyanideinsatzes zu bewerten. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass alle Risiken ausgeschlossen wurden und die Gefährdung weit unterhalb festgelegter Grenzwerte liegt.

Das Urteil über die Schließung der Mine wird jetzt vor einem türkischen Berufungsgericht neu verhandelt. 169 Gewerkschaftsmitglieder haben wegen dieses Richterspruchs ihre Arbeit verloren und hoffen jetzt auf eine schnelle Revidierung des Urteils.

Die Grube nahm 1992 als Normandy Madencilik A.S. ihren Betrieb auf und ging 2002 im Rahmen der Übernahme der Normandy Mining Ltd. in den Besitz von Newmont Mining über. Als die Mine geschlossen wurde, stand das US-Unternehmen Newmont in Übernahmeverhandlungen mit dem Interessenten Frontier Pacific Mining of Canada.



Petrobras-Arbeiter in Brasilien sind bereit

Rio de Janeiro Die Petrobras-Beschäftigten haben von dem brasilianischen ICEM-Mitglied FUP-CNQ grünes Licht für einen fünftägigen Streik Ende Oktober erhalten, wenn das Unternehmen nicht bis dahin einen besseren Lohnvorschlag vorlegt. Bei Redaktionsschluss von *Global-Info* Mitte Oktober hat FUP-CNQ auf Gewerkschaftstagen in den im Staatsbesitz befindlichen Petrobras-Betrieben Streikabstimmungen durchführen lassen.

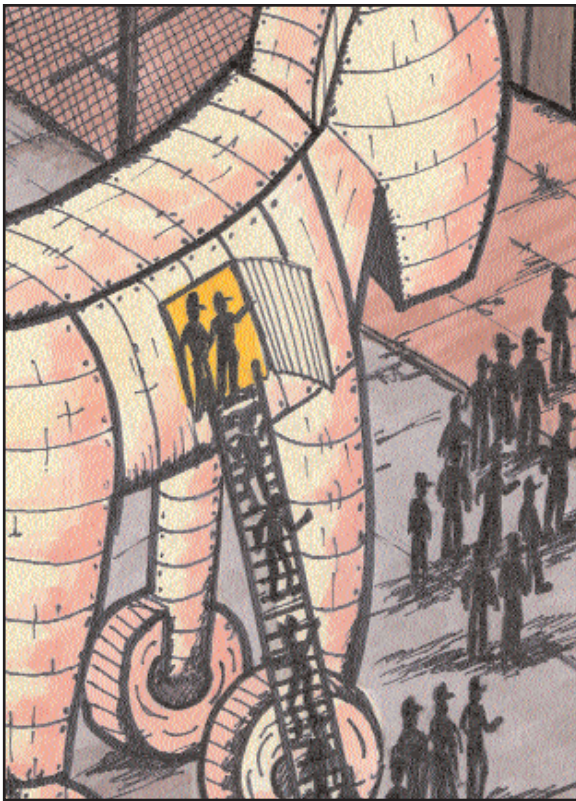
Die Gewerkschaft hatte Anfang Oktober viertägige Überraschungstreiks durchgeführt, die sich nicht nachteilig auf die Produktion auswirken sollten. Der Grund sind ein unzureichendes Lohangebot und eine zu geringe Erhöhung der Renten in diesem Jahr. Im vergangenen Jahr veranlasste die Androhung eines 72-stündigen Streiks die Konzernleitung von Petrobras dazu, der Forderung von FUP-CNQ nach einer Lohnerhöhung von 15,5 % zuzustimmen – ein Prozentsatz, der bei der hohen Inflation in Brasilien damals durchaus angemessen war. Im Jahre 2001 legte ein fünftägiger Streik 50 % der Tagesproduktion lahm und veranlasste das Unternehmen zu einer Einigung mit der Gewerkschaft.

Die Gewerkschaft hat damit bewiesen, dass sie maximale Wirkung erzielen kann, ohne die Produktion und den Raffineriebetrieb komplett lahm zu legen.

ICEM-Mitglieder auf Fusionskurs im VK und in Schweden

London/Stockholm ICEM-Mitglieder in zwei europäischen Ländern bündeln ihre Kräfte im Rahmen einer Fusion ihrer Gewerkschaften. Die Graphical, Paper & Media Union (GPMU) im VK hat sich mit Amicus zusammengeschlossen, wobei 86 % der GPMU-Mitglieder für diesen Schritt gestimmt hatten.

In Schweden haben die beiden ICEM-Mitglieder Svenska Metall und Industriefacket auf ihren letzten Kongressen grünes Licht für einen beginnenden Integrationsprozess gegeben. Die nächsten Kongresse werden noch separat, aber zeitgleich abgehalten, der eigentliche Zusammenschluss soll dann im Januar 2006 stattfinden.



Leiharbeit – eine Bedrohung unserer sozialen Errungenschaften

Zeit- und Leiharbeit haben sich zu einem globalen Phänomen entwickelt, für das es in den einzelnen Ländern kein einheitliches Entwicklungsmuster oder Erscheinungsbild gibt. Für die Gewerkschaften in den Entwicklungsländern war es Anfang der 80er Jahre ein Problem, als die Unternehmen ein höheres Maß an Flexibilität durchsetzen wollten, und heute ist es ein Problem in den Entwicklungsregionen Asien, Afrika, Lateinamerika und Ost- und Mitteleuropa. Die von den führenden internationalen Finanzinstitutionen geforderte Marktliberalisierung führt zu einem Anstieg zeitlich befristeter Beschäftigungsverhältnisse, während die für soziale Stabilität und Lebensqualität einer Gemeinschaft stehenden permanenten Arbeitsverhältnisse an Bedeutung verlieren.

Die ICEM-Mitglieder befassen sich seit Jahren mit dem Problem der Zeit- und Leiharbeit. Es gibt Gewerkschaften, die im Rahmen von Kollektivvereinbarungen Lösungsmöglichkeiten gefunden haben, andere haben Maßnahmen zur Regelung der Dauer dieser temporären Beschäftigungsverhältnisse sowie der Löhne und Sozialleistungen und einen Sozialcode mit Arbeitgeberpflichten durchgesetzt. Vor dem Hintergrund der schnellen globalen wirtschaftlichen Transformationsprozesse stellt sich heute eine Vielzahl neuer Probleme – das beginnt mit der Schwierigkeit zu definieren, wer überhaupt für das Beschäftigungsverhältnis zuständig ist, und geht bis zu der Problematik, einen Arbeitgeber mit Hire-and-Fire-Mentalität davon zu überzeugen, bestimmte Lohn- und Sozialnormen zu respektieren.

Die ICEM hat bereits angekündigt, sich intensiv mit dieser Frage zu befassen. Ausschlaggebend war eine zweitägige Arbeitskonferenz von Mitgliedsgewerkschaften am 17. September in Brüssel, auf der die Situation analysiert, die Trends identifiziert und ein Konsens über Sofortstrategien gegen den ausufernden Einsatz von Zeit- und Leiharbeit gefunden wurden. Bei der ICEM erhält dieses Thema langfristige Priorität; den erschreckenden sozialen Auswirkungen sollen praktikable Lösungen entgegengestellt werden, wobei unseren Mitgliedern entsprechende Ressourcen und Fachwissen auf jedem Forum zur Verfügung gestellt und aufeinander abgestimmte Taktik, Logistik und Vorlagen entwickelt werden. Nur so können wir das Trojanische Pferd aufhalten, das an einer der Grundfesten unserer Gesellschaft rüttelt – der zeitlich unbefristeten Normalbeschäftigung von Arbeitskräften.

Die grundlegende Forderung lautet, dass die eigentliche Verantwortung letztlich beim Hauptarbeitgeber liegt. Die ICEM wird auf dem Gewerkschaftsrecht auf Anhörung und Unterrichtung und letztlich Zustimmung bestehen, bevor mit einem Hauptarbeitgeber ein Vertrag zustande kommt, der den Beschäftigungsstatus oder die Arbeitsbedingungen der Stammbeslegschaft beeinträchtigt. Nur allzu oft hören die Gewerkschaften von Führungskräften den Spruch „Darüber haben wir keine Kontrolle“, wenn es um nachlässige Arbeitspraktiken oder offensichtliche Verstöße gegen Sicherheitsauflagen durch die Leiharbeitsfirmen geht. Die ICEM fordert ein Ende dieser Praxis.

Ein Teil der Fragestellung ist für Gewerkschaften einfach zu beantworten: Soll ein Hauptarbeitgeber das Recht haben, mit einer Leiharbeitsfirma oder einem Fremdunternehmen einen Vertrag abschließen dürfen, der letztlich den Beschäftigungsstatus der Mitglieder der Stammbeslegschaft beeinflusst? Der andere Teil der Frage ist komplexer und dürfte Stoff für umfassende Diskussionen liefern: Welche sozialen Kosten entstehen einer Gemeinschaft durch diese Entwicklung, und wie können wir als Bürger und Bürgerinnen die Abschaffung unbefristeter Arbeitsverhältnisse verhindern?

Viele ICEM-Mitglieder haben besonders in den hoch entwickelten Volkswirtschaften im Rahmen von Kollektivvereinbarungen Kontroll- und Regulierungsmöglichkeiten für den Einsatz von Leiharbeit in ihren Betrieben geschaffen. Die ICEM wird diese Erfahrungen nutzen und Mitgliedsgewerkschaften, die jetzt mit diesem Problem konfrontiert werden, bei ihren Verhandlungen mit den Hauptarbeitgebern unterstützen.

Siehe Zeit- und Leiharbeit Seite 10

6 bewährte Antworten der Gewerkschaften



Sagt „Nein“ zu Entlassungen und informiert die Arbeitnehmer darüber, dass die Annahme einer Abfindung als Ausgleich für den Verlust des unbefristeten Beschäftigungsstatus und den Wechsel zur Leiharbeit eine kurzfristige und nachteilige Entscheidung ist.



Das Management-Credo, im Zeichen der Flexibilität die Stammbesellschaften verkleinern zu müssen und von diesen Beschäftigten eine Leistungsverdichtung zu verlangen, gefährdet die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz.



Es geht nicht um die Kosten, sondern um:
Qualifikation + Kompetenz = Produktivität
Arbeitsschutznormen = Reputation



Gemeinde und Regierung: Wenn Leiharbeitsfirmen Kostenfaktoren wie Altersvorsorge, Krankenversicherung und soziale Absicherung außen vor lassen, ist es langfristig der Staat, der die Zeche dafür bezahlen muss. Leiharbeiter wiederum, die ihr verdientes Geld an ihre weit entfernt lebenden Familien schicken, tragen nichts zum wirtschaftlichen Wohlergehen der Gemeinde bei, in der sie wohnen.



Eine unter gleichen Bedingungen arbeitende Belegschaft leistet mehr als eine Belegschaft mit unterschiedlichen Löhnen, Sozialleistungen, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen.



Zwischen Beschäftigten, die in ihrer Gemeinde leben, soziale Kontakte pflegen und die gleiche Lebensqualität in Anspruch nehmen können, herrscht ein Klima des gegenseitigen Vertrauens.

Workshop-Podium: Unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Erkenntnisse

Errol McLeod

*Gewerkschaft der Ölfeldarbeiter
Trinidad & Tobago*

Die Gewerkschaften müssen gegen Entlassungen kämpfen, die Regierung von ihrem desaströsen Kurs abbringen und ihre Mitglieder mobilisieren. Unsere Gewerkschaft stand vor der Aufgabe, zwei große Leiharbeitsfirmen im Öl- und Gassektor dazu zu bringen, bestimmte Regelungen zu vereinbaren. Dazu haben wir die Menschen in den Gemeinden mobilisiert, Arbeitslosenausschüsse gebildet, Hausfrauengruppen gegründet und demonstriert, um auf die Situation der Menschen ohne Geld und Arbeit hinzuweisen.

Aparecido Donizeti Silva

*CNQ-CUT
Brasilien*

Das offizielle BASF-Netzwerk in Südamerika kommt zweimal im Jahr zu einer Tagung zusammen, dann veranstalten wir auch Workshops und führen einen Dialog mit BASF-Managern über das Problem Leiharbeit und die Aufrechterhaltung bestimmter Arbeitsnormen. Allerdings geht es dabei nur um ein Unternehmen.



Jim Hickenbotham

*Boilermakers Union
US*

Unserer Gewerkschaft ist es vor einiger Zeit gelungen, eine Vereinbarung über die Begrenzung der Leiharbeit in der Zementindustrie zu treffen. Wenn ein Unternehmen unsere Arbeit an Fremdfirmen vergeben will, besteht zunächst Verhandlungspflicht mit uns zum Nachweis der Notwendigkeit dieses Schritts. Die eigentliche Aufgabe besteht mittlerweile darin, diese Regelung aufrechtzuerhalten.

Yoshio Sato

*JAF-ICEM
Japan*

Die Erwerbsbevölkerung Japans besteht mittlerweile zu 30 % aus Beschäftigten mit zeitlich befristeten Arbeitsverhältnissen. Unsere Tradition der lebenslangen Beschäftigung mit Löhnen, die sich auch nach dem Alter und dem Dauer der Firmenzugehörigkeit richteten und Teil unserer einzigartigen Arbeitskultur sind, ist gefährdet. Japan ist das letzte der Industrieländer, das dem Zeit- und Leiharbeitstrend folgt.

Leiharbeit – eine Bedrohung unserer sozialen Errungenschaften

Fortsetzung von Seite 8

Die ICEM wird eine Datenbank über die wichtigsten globalen Dienstleister in unseren Industriesektoren mit Informationen über Arbeitsweise, Arbeitsverfahren, Arbeitsbesonderheiten, Löhne und Sozialleistungen und Gewerkschaftsmitwirkung (falls vorhanden) erstellen. Diese Datenbank wird natürlich bereits vorhandene Vertragswerke unserer Mitglieder zum Thema Fremdvergabe enthalten, die problemlos mit einem Online-Beratungsdienst verbunden werden können. Auf diese Weise erhalten unsere Mitglieder schnell effiziente Informationen. In die Datenbank könnten auch einschlägige Marktanalysen für Regionen mit ICEM-Sektorenschwerpunkten aufgenommen werden, die Angaben zu Veränderungen von Arbeitsmärkten und industriellen Entwicklungen sowie zu Geldgebern und Institutionen hinter Entwicklung und Kapitalisierung enthalten.

Die Mitglieder werden ebenfalls instruiert, das Thema politisch aktiv anzugehen und innerhalb ihrer organisatorischen Strukturen die Kompetenzen und Instrumente zu entwickeln, um Organisierungsaufgaben wahrzunehmen und um über die schädlichen Auswirkungen von Zeit- und Leiharbeit informieren zu können. Themen wie Rückstellungen für die Altersvorsorge, Gesundheitskosten und sogar verstärkter Druck der Öffentlichkeit zur Regulierung von nicht normkonformen Arbeitspraktiken müssen lokalisiert und fest in den Debatten und dem Gefüge einer Gemeinschaft verankert werden. Die ICEM wird Kampagnen- und Informationsmaterial erstellen, damit die Mitgliedsgewerkschaften die negativen Auswirkungen der Zeit- und Leiharbeit in überzeugender Weise gegenüber Mitbürgern und Kommunalverwaltungen darstellen können.

Auf globaler Ebene wird die ICEM diese Thematik bei Treffen im Rahmen der IAO- und der Global Compact-Arbeit sowie bei OECD, Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds und anderen zwischenstaatlichen Organisationen zur Sprache bringen, die sich zu Kriterien des „Beschäftigungsverhältnisses“ äußern oder Investitionen regulieren. In den 90er Jahren hatte die IAO bereits ein Übereinkommen über Normen für Leiharbeit in Vorbereitung, ein Konsens konnte jedoch nicht erreicht werden. Die IAO hat aber eine Definition für „menschenwürdige Arbeit“ angenommen, und die ICEM ist der Überzeugung, dass gerade der exzessive und unkontrollierte Einsatz von Zeit- und Leiharbeit dieser Erklärung Hohn spricht. Hier werden wir weiter insistieren.

Unser Programm ist ambitioniert und soll eine langfristige und funktionierende Beziehung zwischen der ICEM und ihren 400 Mitgliedsgewerkschaften über dieses wichtige Thema begründen. Damit unterstreichen wir auch unsere Überzeugung, dass eine Grundsatzentscheidung für unbefristete Arbeitsverhältnisse die beste Voraussetzung für unser aller Wohlergehen ist.

Warum Leiharbeit ein akutes Thema ist...



In Nigeria arbeitet Shell mit 2.000 Fremdfirmen zusammen. Wo im Auftrag von Shell gearbeitet wird, sind 4 von 5 Arbeitnehmern Fremdarbeiter.



In Australien konnte anhand von 76 unabhängigen Studien nachgewiesen werden, dass es einen engen Zusammenhang zwischen schlechten Arbeitsschutzergebnissen und Leiharbeit gibt.



In Frankreich rühmt sich ExxonMobil in der Normandie einer Bilanz mit „0“ Arbeitsunfällen. Falsch! Alle Arbeiten werden an Fremdfirmen vergeben, unter deren Regie es täglich Unfälle gibt. Alle diese Subunternehmen haben Angst, ihre Verträge zu verlieren, die Unfallopfer werden also schnell vom Ort des Geschehens entfernt, es gibt keine Unfallstatistiken.



In der Türkei leben 80 Millionen Menschen, davon sind 10 Millionen arbeitslos. Dies und die schnell fortschreitende Privatisierung erschweren eine zuverlässige Angabe über Einsatz und Missbrauch von Leiharbeit, zumal die Regierung alle Versuche blockiert, die Leiharbeiter gewerkschaftlich zu organisieren.



In Japan zählen inzwischen 15 Millionen Beschäftigte aus einer Erwerbsbevölkerung von insgesamt 50 Millionen Menschen zu Arbeitnehmern mit befristeten Arbeitsverhältnissen. Dies entspricht dem Interesse der Arbeitgeber, Stammebelegschaften abzubauen. Allein im August 2004 nahm die Zahl der Leih- und Zeitarbeiter um 710.000 zu.



In Dänemark ist das Thema Leiharbeit Gegenstand eines konstruktiven Dialogs zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern. Im Ergebnis haben die Leiharbeiter die gleichen Rechte und Ansprüche auf die gleichen Sozialleistungen. Inzwischen sind aber auch 1-Personen-Firmen ein Faktor in dieser Gleichung und untergraben die Arbeit der Tarifparteien.

- Alle Menschenrechtsfragen werden im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN behandelt;

- Lukoil respektiert, schützt und unterstützt die Tradition nationaler Toleranz und Religion sowie traditionelle Kultur, Kunst und Handwerk überall dort, wo das Unternehmen operiert;

- Das Unternehmen widersetzt sich keinerlei Initiativen der gewerkschaftlichen Organisation und erkennt die IAO-Übereinkommen 87 und 98 über die Vereinigungsfreiheit, das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen an;

- Lukoil setzt die Grundsätze des Verhaltenskodex der IAO über HIV/AIDS in der Arbeitswelt um;

- Das Unternehmen übernimmt die Grundsätze der IAO-Übereinkommen 138 und 142 über Kinderarbeit;

- Lukoil sorgt für Chancengleichheit, Lohngleichheit von Männern und Frauen sowie diskriminierungsfreie Beschäftigung und Arbeitspraktiken entsprechend den IAO-Übereinkommen 100 und 111;

- Lukoil setzt die Bestimmungen des IAO-Übereinkommens 156 (Arbeitnehmer mit Familienpflichten) in die Tat um und achtet dabei besonders auf die Rechte von Arbeitnehmerinnen, Schwangeren, stillenden Müttern und Frauen mit Großfamilien;

- Das Unternehmen setzt sich für mehr Verantwortungsübernahme in den Bereichen Gesundheitsschutz, Arbeitssicherheit und Umweltschutz ein und fördert die Entwicklung und Verbreitung sicherer und umweltfreundlicher Technologien.

SCA... *Fortsetzung von Seite 3*

mehr Verantwortung übernehmen zu können;

- Das Unternehmen zeigt im Umgang mit Personal und Arbeitnehmervertretern Entgegenkommen und Respekt und achtet das gewerkschaftliche Recht auf Vereinigungsfreiheit, das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen.

- SCA unterstützt die Abschaffung von Zwangs- und Kinderarbeit und wendet entsprechende Kriterien auch bei der Auswahl von Zulieferern und Subunternehmen an.

Die Vereinbarung beschreibt ebenfalls ein Verfahren zur Beilegung von Konflikten; die unterzeichneten Vertragsparteien treffen sich einmal im Jahr, um die Vereinbarung zu überprüfen und evtl. zu überarbeiten.

ICEM-Generalsekretär Fred Higgs erklärte, die Vereinbarung sei das Ergebnis eines ausgezeichneten Kooperationsabkommens zwischen SCA und der US-amerikanischen Mitgliedsgewerkschaft PACE. SCA expandierte Ende der 90er Jahre im US-amerikanischen Markt und übernahm dort Unternehmen aus dem Markt für Papier- und Hygienetücher für institutionelle Verwender. SCA besitzt ebenfalls eine amerikanische Schaumstoffverpackungsfirma sowie weitere Unternehmen, die Hygienebedarfsartikel herstellen.

SCA beschäftigt 44.000 Arbeitnehmer in 40 Ländern.

In Australien und Neuseeland hat der Konzern vor kurz-

Lukoil ist Russlands erster Energiemulti. Das Unternehmen zählt weltweit 96.000 Beschäftigte, ist für 20 % der gesamten russischen Ölproduktion zuständig und verfügt hinter ExxonMobil über die zweitgrößten Ölreserven der Welt. Weitere Holdings existieren in der kaspischen Region, und weitere Unternehmen und Joint Ventures gibt es in Polen, Rumänien und Bulgarien.

Lukoil investiert überall in Nordafrika, darunter in Ländern wie Algerien, Libyen und Ägypten, und ist gut positioniert, um die Entwicklung im Irak mitbestimmen zu können. Lukoil hält ebenfalls Anteile an Petrochemie- und Gasanlagen im Iran und in Saudi Arabien und ist aktiv in Nigeria. Lukoil besitzt in den USA rund 2.000 Tankstellen.

„Lukoil ist der führende russische Ölkonzern auf der internationalen Szene“, erklärt dazu ICEM-Generalsekretär Fred Higgs. „Diese Vereinbarung besiegelt Lukoil als Partner der russischen Gewerkschaften und die Anerkennung der Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte durch den Konzern überall auf der Welt.“

Für ROGWU-Präsident Lew Mironow ist die Unterzeichnung ein Meilenstein sowohl im russischen als auch im globalen Kontext. „Es wäre prima, wenn andere erfolgreiche russische Unternehmen diesem Beispiel folgten und sich aktiv am konkreten Aufbau eines sozial ausgerichteten Staates beteiligen würden. Es ist inspirierend, dass sich das erste echte transnationale russische Unternehmen als neuer aktiver Spieler in der globalen Wirtschaft zu einem traditionellen russischen Wert verpflichtet – der Sorge um die Arbeitnehmer.“

em den Tissuebereich von Carter Holt Harvey (CHH) übernommen, darüber hinaus den 50%-Anteil von CHH an dem Hygieneartikelhersteller Sancell. Damit verfügt SCA über die vollständige Unternehmenskontrolle und ist der führende Anbieter in diesem Markt.

Vor kurzem hat SCA in Malaysia eine Firma übernommen, die Babywindeln herstellt. In Italien gehört SCA jetzt ein Verpackungsunternehmen. Darüber hinaus hat der Konzern seine Karton- und Tissuekapazitäten in Spanien erweitert.

„SCA ist im Zuge seiner Expansionspolitik zu einem weltweit führenden Unternehmen im Bereich Zellstoff, Papier und Verpackungen geworden“, stellt Higgs fest. „Wir freuen uns darüber, dass SCA die Arbeitnehmerrechte anerkennt und kooperativ mit Gewerkschaften in allen global operierenden Unternehmen zusammenarbeitet.“

Sune Ekbage von der schwedischen Gewerkschaft erklärte, dass dies „selbstverständlich für ein schwedisches Unternehmen wie SCA“ ist, das auf eine „lange Tradition guter Beziehungen mit Gewerkschaften zurückblicken kann. Ich bin davon überzeugt, dass dies SCA nutzen wird und dass dieser Schritt vor dem Hintergrund der zurzeit in Schweden laufenden Diskussionen über ethische Leitlinien genau zum richtigen Zeitpunkt kam.“

ICEM im Gespräch mit irakischen Öl- und Energiegewerkschaften

Ammann, Jordan Mehr als 50 Gewerkschaftsführer irakischer Branchengewerkschaften und Dachverbände nahmen gemeinsam mit GUF-Vertretern vom 3. bis zum 5. Oktober in Amman an einem vom IBFG veranstalteten Seminar teil.

Auf dem Seminar wurden detailliert die Vorschläge für die zukünftigen irakischen Arbeitsgesetze und ihre Konformität mit der IAO-Erklärung über die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit und mit den Forderungen des sozialen Dialogs erörtert. Das Seminar bot ebenfalls Gelegenheit für ausführliche Gespräche zwischen den anwesenden irakischen Branchengewerkschaften und den jeweiligen GUF.

ICEM-Organisationsdirektor Jim Catterson unterhielt sich ausgiebig mit Vertretern der Öl- und Energiegewerkschaften dreier irakischer Dachverbände: der Iraq Federation of Trade Unions (IFTU), der General Federation of Trade Unions (GFTU) und der Federation of Workers' Councils and Unions in Iraq (FWCUI). Obwohl es zu vielen Sachfragen völlig unterschiedliche Auffassungen gab, waren die Gespräche sehr informativ, und die ira-



Die Führungsriege der irakischen Öl- und Energie-Branchengewerkschaften trifft sich mit Jim Catterson von der ICEM

kischen Gewerkschaftsführer aus dem Öl- und Energiesektor waren sich darin einig, dieses Treffen in absehbarer Zeit zu wiederholen.

Die Gewerkschaftsvertreter äußerten sich positiv über die ICEM-Pläne einer Zusammenarbeit den Gewerkschaften im Irak, die nachweislich eine echte industrielle Struktur und Arbeitsplatzpräsenz haben. Die Gewerkschaften aller drei Dachverbände werden auf das anstehende ICEM-Seminar für die arabischen Länder eingeladen, das im Dezember ebenfalls in Amman stattfinden wird.

Vertreter der IAO und der dem IBFG zugehörigen Dachverbände nahmen ebenfalls an der Konferenz im Oktober teil.



Frauenmarsch

ICEM Im Rahmen der Tagung des nordamerikanischen Frauenausschusses in Ottawa am 13. September beteiligten sich die Delegierten an einer Massendemonstration in Kanada, um das verstaatlichte Medicare-Gesundheitssystem zu schützen. Zum gleichen Zeitpunkt fand eine Konferenz der politischen Führung des Landes statt, auf der über die Zukunft des staatlichen Gesundheitswesens beraten wurde.

Amanda Stinger und Pam Dumler von der US-Gewerkschaft Boilermakers Union mit ICEM-Flagge

Nigeria hat genug von den leeren Versprechen der Regierung

Die ICEM-Mitgliedsgewerkschaften NUPENG und PENGASSAN in Nigeria haben sich im Oktober an einem viertägigen Generalstreik gegen eine Erhöhung der Benzinpreise um 25 % beteiligt, die Anfang des Monats durchgesetzt wurde.

Die Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften der nigerianischen Öl- und Gasindustrie protestierten auch gegen das Arbeitsreformgesetz, mit dem Präsident Olusegun Obasanjo den National Labour Congress NLC wegen früherer Benzinpreistreiks bestrafen will. Diese Gesetze, die vom Senat vor ihrer Verabschiedung im September noch beträchtlich entschärft wurden, waren zunächst mit einer Streikverbotsklausel und Bestimmungen vorgeschlagen worden, die die Registrierung neuer Dachorganisationen vereinfachen sollten.

Abgesehen von der Einführung des Freiwilligkeitsprinzips der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hätte diese zweite Änderungsklausel im Endeffekt dazu geführt, dass der NLC als Vertreter der sozialen Anliegen des nigerianischen Volkes nichts mehr zu sagen gehabt hätte. Die Generalversammlung befasst sich jetzt mit dem Arbeitsreformgesetz, dessen schlimmste Auswüchse mittlerweile vom Tisch sind.

Der Generalstreik in Nigeria begann am 11. Oktober wegen der fünften Benzinpreiserhöhung der Regierung Obasanjo in fünf Jahren im Zuge der vom IWF verlangten Abschaffung der Benzinpreissubventionen. Der NLC wurde ironischerweise von dem Arbeitgeberverband Nigerian Employers Consultative Association bei dem Streikaufruf unterstützt.

Zwei Tage vor Beginn des viertägigen Streiks verhaftete die nigerianische Geheimpolizei den NLC-Präsidenten Adams Oshiomhole mit vorgehaltener Waffe, um auf diese Weise die Gewerkschaftsanhänger einzuschüchtern. Er wurde am 10. Oktober freigelassen, und der Massenstreik begann und führte zu einer Lähmung der bevölkerungsreichsten Nation Afrikas.

Obwohl Nigeria der sechstgrößte Ölproduzent der Welt ist, muss das Land jedes Jahr Benzin im Wert von 2 Milliarden US-Dollar importieren. Das liegt an der unzureichenden Kapitalausstattung der vier Ölraffinerien des Landes und der grassierenden Korruption in der staatlichen Ölgesellschaft, die ebenfalls die Kontrolle über die lukrativen Importverträge ausübt.

Die Preisschübe haben zu einer zweistelligen Inflation im Land geführt, und keines der versprochenen Regierungsprojekte – Bildung, Straßenbau, Stromversorgung – ist bisher aufgrund der hohen Benzinpreise verwirklicht worden.

Nach der letzten Preiserhöhung im Oktober versuchte die Regierung, die zunehmende Popularität des NLC bei der Bevölkerung durch ein Urteil des Federal High Court Abuja zu untergraben. Danach existiere die Position des NLC-Präsidenten rein juristisch gesehen gar nicht, und der Gewerkschaftsverband habe auch nicht die Befugnis, die Mitglieder seiner 29 Gewerkschaften zum Streik zu zwingen. Die ganze Aktion war ein weiterer Versuch der Regierung Obasanjo, die Macht der Gewerkschaften zu beschneiden.

Wir erwarten von der Regierung nicht, dass „sie jedermann befragt, bevor sie den Benzinpreis erhöht, denn wir



wissen, dass diese Konsultationskultur den Regierenden fremd ist“, erklärte NUPENG-Präsident Peter Akpatason in einem Interview. Das nigerianische Volk, so Akpatason, hat jedoch genug von diesen ewigen Preiserhöhungen. „Warum müssen die Bürger und Bürgerinnen für die Exzesse der Regierung bezahlen? Warum sorgt die nicht dafür, dass unsere Raffinerien arbeiten? Warum muss unser Benzinpreis an den internationalen Rohölpreis gekoppelt werden?“

Von den hohen Rohölpreisen hat Nigeria bisher nicht profitiert, und die Bevölkerung ist zu Recht nicht gut auf die Regierung zu sprechen. Wenn die fünf Benzinpreiserhöhungen in fünf Jahren Hand in Hand mit Effizienzsteigerungen in den Raffinerien gegangen und neue Raffinerien gebaut worden wären, dann müsste Nigeria nicht bei gleichzeitiger Abschaffung von Benzinpreissubventionen überbeuerte Raffinerieprodukte importieren.

UN Global Compact braucht Kontrolle und Integritätsmaßnahmen

New York City Die vor vier Jahren vom UN-Generalsekretär ins Leben gerufene Initiative Global Compact hat am 24. Juni nach einer Debatte über schärfere Kriterien für die Aufnahme in die UN-Liste und der Verabschiedung eines zehnten Prinzips eine neue Wende genom-



Le Président brésilien Luiz Ignacio Lula da Silva aux côtés du Secrétaire général des Nations unies, Kofi Annan, et du Secrétaire général de l'ICEM, Fred Higgs, au sommet du Pacte mondial.

men. Anlass war ein bisher in dieser Form einmaliges Treffen von 500 Wirtschaftsführern, Gewerkschaftern und NGO-Vertretern, das der ständig zunehmenden Bedeutung des Themas der sozialen Verantwortung der Unternehmen Rechnung trug.

Die Prinzipien von Global Compact sind eine freiwillige Vereinbarung mit 1.700 unterzeichneten Unternehmen, Institutionen und nationalen Börsen. Auf dem Gipfel hat die UN den Kampf gegen die Korruption als zehntes Prinzip eingeführt und dafür von der internationalen Business-Elite einstimmigen Beifall bekommen.

„Sie waren mit mir der Meinung“, so Kofi Annan, „dass die Korruption zu einer tiefgreifenden Beschädigung gesunder Geschäftspraktiken führt und damit auch unsere Fähigkeit zur Umsetzung der anderen neun Prinzipien beeinträchtigt. Der Kampf gegen die Korruption verdient es deshalb, zu den grundlegenden Verpflichtungen unseres Paktes hinzugezählt zu werden.“

Die Korruptionsächtung gründet auf einer im Dezember 2003 angenommenen „UN-Konvention gegen Korruption“, die direkt von mehr als 100 Ländern unterzeichnet worden war.

Luncheon-Speaker des Gipfeltreffens war der brasilianische Präsident Luiz Inácio Lula da Silva. Er nutzte das Forum und ermutigte die Unternehmen, sich stärker für die Armen einzusetzen. Er wies die Industrie auch darauf hin, dass sie mehr als nur eine wirtschaftliche Rolle zu spielen habe.

„Wir brauchen auch eine soziale und politische

Siehe UN Global Compact, Seite 15

Die zehn Prinzipien von Global Compact

Zwei Prinzipien im Bereich Menschenrechte

Einhaltung und Schutz international anerkannter Menschenrechte innerhalb des Einflussbereichs des Unternehmens;
Ausschluss jeglicher Beteiligung des Konzerns an Menschenrechtsverletzungen;

Vier Prinzipien im Bereich Arbeitsbeziehungen

Respektierung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit und Anerkennung des Rechts auf Tarifverhandlungen;
Abschaffung aller Formen der Zwangs- und Pflichtarbeit;
Abschaffung der Kinderarbeit;
Ausschluss jeglicher Diskriminierung am Arbeitsplatz und bei der Arbeitssuche; und

Drei Prinzipien im Bereich Umweltschutz

Unterstützung einer vorbeugenden Umweltschutzpolitik;
Initiativen zur Förderung einer größeren umweltpolitischen Verantwortung;
Förderung der Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien.

Ein Prinzip im Kampf gegen die Korruption

Kampf der Unternehmen gegen die Korruption in allen ihren Erscheinungsformen einschließlich Erpressung und Bestechung

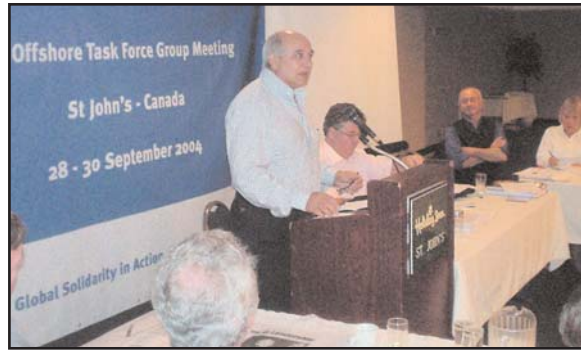
ICEM- und ITF-Projekt erfüllen Erwartungen

St. Johns, Kanada Die ICEM hat ihre Zusammenarbeit im Bereich Offshore-Öl- und Gasförderung mit der Internationalen Föderation der Transportarbeiter hier in St. John im Rahmen einer Konferenz vom 28. bis zum 30. September fortgesetzt. Gewerkschaftsführer aus 15 Ländern nahmen an der Veranstaltung teil und verabschiedeten eine Entschließung zur Unterstützung der kanadischen ICEM-Mitgliedsgewerkschaft CEP in ihrem Kampf für Gerechtigkeit auf der Offshore-Ölbohrinsel Hibernia.

Das Projekt sieht ebenfalls die umfassende internationale Unterstützung der nigerianischen ICEM-Gewerkschaften durch die beiden internationalen Föderationen vor. Die nigerianischen Kollegen wehren sich gegen Reformen der Arbeitsgesetze und gegen die Unfähigkeit der Regierungen, die Ölkrise im Niger-Delta zu lösen.

Die CEP musste einige Tage vor der Konferenz einen Rückschlag in der gegen ExxonMobile geführten Auseinandersetzung hinnehmen, als das Oberste Gericht von Neufundland eine Entscheidung des kanadischen Arbeitsgerichtes über die Wiedereinstellung von 25 während einer Organisationskampagne 2001 entlassenen Arbeitnehmern rückgängig machte.

Rund 420 Arbeitskräfte hatten damals für die CEP gestimmt, Hibernia wäre damit die erste gewerkschaftlich organisierte nordamerikanische Offshore-Bohrinsel geworden. Hibernia focht die Abstimmung an, verlor damit jedoch vor dem für die Provinz zuständigen Arbeitsgericht. ExxonMobil ignorierte die richterliche Entscheidung und ging in die Berufung. Die CEP wiederum wird das Urteil vom September ebenfalls anfechten. Die gemeinsame ICEM/ITF-Konferenz nutzte den Global Maritime Day am 30. September, um von ExxonMobil die Wiedereinstellung



Le Vice-président du SCEP, Joseph Gargiso, évoque le conflit d'Hibernia.

der 25 Arbeiter zu fordern und konstruktive Verhandlungen mit CEP aufzunehmen.

Die Delegierten nahmen an kanadischen Anhörungen über vorgeschlagene neue Sicherheitsregelungen teil, die Offshore-Arbeiter grundlegender Menschen- und Gewerkschaftsrechte berauben würden.

ICEM und ITF haben im September 2003 in Schottland eine globale Offshore-Konferenz veranstaltet, die zu einer breit angelegten Solidarisierung mit den Offshore-Ölarbeitern führen soll. Im Rahmen dieser Initiative wurde bisher auf Sicherheitsmängel von Nordsee-Bohrinseln hingewiesen, und es wurden Untersuchungskommissionen nach Nigeria und in die Republik Elfenbeinküste geschickt, die im Ergebnis zu der Forderung nach verstärkter Einstellung einheimischer Arbeitskräfte und mehr Ausbildung führten.

Eine Reihe von Delegierten äußerte sich positiv über die verstärkte nationale Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der beiden GUF in den jeweiligen Ländern als Ergebnis der Konferenz in Schottland. Inzwischen wird darüber gesprochen, diese Zusammenarbeit auf die gesamte Öl- und Gasindustrie auszuweiten.

UN's Global Compact...

Fortsetzung von Seite 14

Dimension“, so Lula. „Soziale Ausgrenzung ist die Kehrseite wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit.“

Die ICEM setzt sich an vorderster Front für mehr Effizienz und Glaubwürdigkeit des globalen Paktes ein. Generalsekretär Fred Higgs, der morgens ans Rednerpult trat, erklärte der Versammlung, dass das zukünftige Engagement der globalen Gewerkschaftsbewegung für Global Compact von der Einführung eines Systems gegenseitiger Kontrollen abhängen, damit die auf der UN-Liste geführten Unternehmen ihren Verpflichtungen auch tatsächlich nachkommen.

„Eine Voraussetzung für die weitere Unterstützung der globalen Gewerkschaftsorganisationen für diese Initiative besteht darin, dass eine neue Struktur zur Weiterentwicklung des Paktes auch Integritätsmaß-

nahmen und Sanktionen für diejenigen Unternehmen beinhalten müsste, die ganz offensichtlich nicht die Absicht zur Einhaltung der von ihnen unterschriebenen zehn Prinzipien haben“, so Higgs.

Higgs gehörte zu einem von vier Mitgliedern des 17-köpfigen beratenden Ausschusses von Global Compact, die mit der Ausarbeitung von Integritätsmaßnahmen im Vorfeld des Gipfels beauftragt worden waren. Auf der Veranstaltung wurde zwar ein solches System nicht verabschiedet, UN-Generalsekretär Kofi Annan erklärte jedoch zum Schluss, dass eine kleine Expertengruppe die aktuelle Struktur und Governance von Global Compact prüfen und innerhalb der nächsten 12 Monate konkrete Empfehlungen vorlegen werde.

Stellung beziehen

Proteste in den Niederlanden

Die holländischen Arbeitnehmer haben in einer Solidaritätsaktion nie erlebten Ausmaßes zusammengehalten – und das mit gutem Grund. Ein bewährtes soziales Netz, das sich besonders um die schwachen Mitglieder der Gesellschaft kümmert, soll von einer alles andere als fest im Sattel sitzenden Mitte-Rechts-Regierung im Rahmen der umfassendsten Haushaltskürzungen in der holländischen Geschichte zerschnitten werden.

Die Gewerkschaften in den NL und besonders das ICEM-Mitglied FNV Bondgenoten führen eine Koalition von Arbeitskräften aus allen Berufsfeldern an, die in Massenkundgebungen gegen die Pläne der Koalitionsregierung aus VVD (Liberales), CDA (Christdemokraten) und D66 (Demokraten) protestiert. Diese Koalition plant unakzeptable soziale Einschnitte: Kürzung der Hilfen für Behinderte, Wegfall von Rechten und Leistungen im Krankheitsfall, Kürzung von Sonderschulprogrammen für Lernbehinderte usw.

Die Opposition gegen diese Vorhaben wird in scharfer und massiver Form vorgetragen. 300.000 Teilnehmer zählte eine Massenveranstaltung am 2. Oktober in Amsterdam, dreimal mehr als erwartet. 20.000 Demonstranten wurden am 20. September in Rotterdam erwartet, die als Symbol für steuerliche Vergünstigungen für Frührentner eine Menschenkette zwischen zwei Brücken bilden sollten – es kamen 60.000, so dass der wichtigste niederländische Warenumschiagsplatz vorübergehend geschlossen werden musste. Eine Reihe von Streiks und Protesten zeigt, dass die holländischen Arbeitnehmer keine Urlaubskürzungen, keine längeren Arbeitswochen ohne mehr Lohn und keine Streichung von Leistungen für Langzeitarbeitslose wollen. Als größter Affront wird der Versuch angesehen, Lohnvereinbarungen in den Branchen zu kassieren und damit das Polder-Modell und das „Wirtschaftswunder“ zu zerstören, das das Land seit den 90er Jahren erlebt.

„Das sind die größten Demonstrationen in unserer Geschichte“, erklärt Ben Roodhuizen von FNV Bondgenoten. „Die Bürger und Bürgerinnen unterstützen unsere Position und wollen, dass dieser Unsinn aufhört.“

Die soziale Sicherheit hat in den Niederlanden einen hohen Stellenwert. Die Arbeitnehmer zeigen, dass sie zum Kampf bereit sind und auch siegessicher ihre Identität verteidigen werden. Ein Sparplan, der Sozialleistungen abbaut, wird in den NL nicht funktionieren, und die Beschäftigten haben dazu eindeutig Stellung bezogen. Die Bevölkerung Hollands weiß, was in ihrer Gesellschaft wichtig und schützenswert ist.

